



**Finanzgruppe**

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Es gilt das gesprochene Wort

**Rede**

**des Präsidenten des**

**Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes**

**Helmut Schleweis**

**anlässlich der Pressekonferenz „Konjunkturprognose“  
am Dienstag, 28. Januar 2020 in Berlin**

Meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich im Sparkassenhaus.

Deutschland hat einen zehnjährigen Aufschwung hinter sich. Das war die längste durchgängige Wachstumsphase im vereinigten Deutschland bzw. gemessen an Westdeutschland sogar seit den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Und das Wachstum war im Durchschnitt der 10er-Dekade mit jährlich fast zwei Prozent auch recht hoch. 2019 war allerdings nicht mehr so einhellig positiv. Die letzten drei Quartale des abgelaufenen Jahres stockte der Aufschwung doch merklich. Seit zwei Wochen wissen wir, dass das Wachstum für das Gesamtjahr 2019 amtlich mit 0,6 Prozent beziffert wurde. Dahinter verbirgt sich allerdings eine sehr unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Sektoren. Bau und Dienstleistungen, insgesamt die meisten Bereiche der Binnenwirtschaft, laufen bis zuletzt sehr gut. Nur die Industrie bereitet Sorgen. Dort gab es, von den internationalen Handelskonflikten ausgehend, teils größere Rückschläge.

Vor diesem Hintergrund präsentieren wir Ihnen heute unsere Prognose für die kommenden beiden Jahre, wobei das unmittelbar anstehende Jahr 2020 im Fokus unserer heutigen Botschaften steht. Wie geht es im noch jungen neuen Jahr weiter?

Für die „Gemeinsame Prognose“ – eine Übung, die wir mittlerweile im fünften Jahr pflegen – haben sich wieder acht Chefvolkswirte aus der Sparkassen-Finanzgruppe zusammengefunden. Sie sehen die Teilnehmer hier in der Übersicht aufgeführt, die sich auch in Ihren Unterlagen befindet. Aus dem Kreis dieser Chefvolkswirte ist heute Frau Dr. Gertrud Traud von der Helaba bei mir. Sie wird Ihnen gleich die Details der Prognose stellvertretend für alle beteiligten Kollegen erläutern sowie einige eigene Botschaften vorstellen. Lassen Sie mich jedoch zunächst die Kern-Ergebnisse des Gemeinschaftswerkes präsentieren.

Wir gehen davon aus, dass es 2020 gelingt, den Aufschwung wiederzubeleben und 2021 fortzuführen. Für 2020 sehen sie hier von Seiten unserer Chefvolkswirte eine Wachstumsrate von 0,9 Prozent angesetzt. Das ist übrigens auch in etwa die Größenordnung, die wir im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung erwarten, die uns morgen mit der Veröffentlichung ihrer Prognose folgt. Zu der Zahl von 0,9 Prozent muss man allerdings dazusagen, dass 2020 ein Jahr mit besonders vielen Arbeitstagen ist. Es ist zum einen Schaltjahr, zum anderen liegen viele Feiertage „arbeitgeberfreundlich“ an Wochenenden. In den meisten Bundesländern stehen deshalb 2020 vier Arbeitstage mehr zur Verfügung als 2019. Das Mehr an Werktagen setzt sich natürlich nicht proportional in Mehrproduktion um. Vieles ist in der heutigen modernen und flexiblen Ökonomie nicht mehr an den Arbeitstagestatus gebunden. Denken sie etwa an den Onlinehandel, der ohnehin „24/7“ durchgängig läuft.

Aber ein gewisser Kalendereffekt bleibt, und 2020 ist er von bedeutsamem Umfang. Das Statistische Bundesamt beziffert den Effekt offiziell auf 0,4 Prozentpunkte.

Das BIP 2020 geht also mit entsprechendem Rückenwind an den Start. Arbeitstäglich bereinigt entsprechen unsere prognostizierten 0,9 Prozent Wachstum vom konjunkturellen Trend her eigentlich nur 0,5 Prozent. Das hieße, dass in der jahresdurchschnittlichen Zahl von 2019 auf 2020 gar kein Zugewinn an Wachstumsdynamik auszumachen ist. Gegenüber den schwachen drei letzten Quartalen von 2019 ist es aber doch eine gute Nachricht, dass der deutsche Wachstumsmotor 2020 wieder anspringen dürfte, wenngleich zunächst nur verhalten. Die heute prognostizierten 1,1 Prozent für das Jahr 2021 sind dagegen tatsächlich echtes Wachstum in dieser Höhe. Dort ist dann keine nennenswerte Kalenderbereinigung nötig. 2021 wären wir nach dieser Prognose wieder in etwa zurück auf dem Wachstumspfad des deutschen Produktionspotenzials.

In den letzten Wochen hat sich die Stimmung deutlich gebessert. Die Aussichten werden wieder optimistischer. Denken Sie etwa an den ZEW-Konjunkturindex, der vor einer Woche einen Sprung nach oben gemacht hat. Leider wurde das gestern vom ifo-Geschäftsklimaindex nicht bestätigt. Diese jüngsten Aufhellungen liegen maßgeblich an dem zwischen den USA und der Volksrepublik China getroffenen „Phase Eins“-Handelsabkommen. Der Konflikt zwischen den Weltmächten war derjenige Faktor, der 2019 die Weltwirtschaft und insbesondere den Welthandel ausgebremst hatte. Darunter hatte auch Deutschland deutlich gelitten. Insofern besteht jetzt die Hoffnung, dass eine Entspannung zur Erholung beiträgt. Wachsamkeit ist aber weiterhin geboten. Die erste, nur grobe Stufe des Deals, ist als Signal essenziell. Das Abkommen regelt aber konkret nur sehr Allgemeines. Einige der in den letzten Jahren eingeführten Zollstufen bleiben zudem zunächst bestehen. Die De-Eskalation müsste aktiv weitergeführt werden. Hierbei kann es jederzeit zu Rückschlägen und neuen Konflikten kommen.

Das ist der entscheidende Parameter für die Entwicklung der kommenden Jahre und sogar darüber hinaus für die langfristige Struktur der Weltwirtschaft: Gelingt die Rückkehr zu einer multipolaren, von Regeln und Vertrauen geprägten Handelsordnung? Oder gibt es ein gefährliches und aggressives Kräftemessen der Großmächte? Auch schon für die anstehenden Jahre sind diese handelspolitischen Weichenstellungen unmittelbar entscheidend. Wir haben in der Erhebung der Daten unter den Chefvolkswirten diesmal die Sonderfrage gestellt, was die derzeit dominierenden Risiko- und Chancenfaktoren sind. Mehrheitlich wurde hier der Handelsstreit gemeldet.

Es ergäben sich schon kurzfristig erhebliche Auswirkungen auf das deutsche BIP. Bei einer schnellen De-Eskalation und einem positiven Rückprall von den Belastungen der letzten protektionistischeren Jahre halten unsere Chefvolkswirte durchaus ein Wachstum sogar schon 2020 in der Größenordnung von 1,5 Prozent für möglich. Diesem Chancenszenario geben sie eine Eintrittswahrscheinlichkeit von 15 Prozent. Umgekehrt könnte als Risikovariante ein Rückfall in den Konflikt auch Deutschland weiter schädigen und 2020 in der Stagnation halten. Die Gefahr, dass dies passieren könnte, bemessen die Chefvolkswirte mit 15 bis 20 Prozent.

Frau Dr. Traud, ich weiß, dass Sie persönlich am optimistischen Rand des Meinungsspektrums unserer Chefvolkswirte positioniert sind. Sie werden uns deshalb sicher gleich noch ein paar zuversichtliche Argumente zu dem Positiv-Szenario sagen. Lassen Sie uns zunächst aber noch gemeinsam einen Blick auf den gesamten Datensatz der Kollegen Chefvolkswirte werfen, der heute vorgelegt wird:

Sie finden die entsprechenden Unterlagen auch in Ihrer Handout-Mappe. Ich will deshalb auf die einzelnen Werte und Untergliederungen gar nicht gesondert eingehen. Summarisch nur so viel: Haupt-Wachstumsträger bleibt 2020 und 2021 der Konsum, sowohl der private als auch der staatliche. Der Bau bleibt ebenfalls expansiv. Die Unternehmensinvestitionen sind aktuell von der Verunsicherung in Teilen der Industrie geprägt. Handelskonflikte, technologischer Wandel, Vorgaben für Klimaschutz, all das wirkt natürlich als Belastungsfaktor bei Investitionsentscheidungen. Im Hauptszenario unserer Prognose bremsst dies aber nur vorübergehend. Noch nicht 2020, aber dann perspektivisch 2021, wenn sich die Wiederbelebung des Aufschwungs bestätigt, kommen dann auch wieder verstärkte Ausrüstungen dazu. Sie bilden den Unterschied zwischen den ansonsten recht ähnlich skizzierten Jahren 2020 und 2021. Der Außenbeitrag bleibt zwar in dem gewohnten hohen Überschuss Deutschlands, wächst jedoch nicht mehr weiter. Das Importwachstum überwiegt perspektivisch in beiden Jahren. Die Wachstumswirkung des Außenhandels ist deshalb in unserer Prognose leicht negativ. Wieviel hier ggf. mehr oder weniger ginge, das wäre dann das Unterscheidungsmerkmal der bereits erläuterten Chancen- und Risikoszenarien. Dem deutschen Arbeitsmarkt trauen unsere Chefvolkswirte aber auch im Hauptszenario neue Rekordstände bei der Erwerbstätigenzahl zu. Der Preisniveaueauftrieb bleibt im Prognosehorizont erst einmal noch verhalten.

Wichtiger ist gerade bei der Preisentwicklung aber die Ebene des gesamten Währungsraums. Denn sie macht die relevante Vorgabe für die einheitliche Geldpolitik. Einen ähnlich strukturierten Datenkranz wie für Deutschland prognostizieren unsere Chefvolkswirte im Rahmen ihrer Gemeinschaftsprognose stets auch für den Euroraum. Danach ist das Wachstum im Euroraum in den beiden prognostizierten Jahren etwas höher als in Deutschland allein. Dafür bleibt der Preisauftrieb eine Spur geringer. Aber – das bleibt mir mit Blick auf die Geldpolitik wichtig festzuhalten – die Preisentwicklung liegt zwar unter Zielniveau, sie ist aber andererseits auch nicht so schwach, dass sie nochmal eine noch größere expansive Stimulierung bräuchte. Sie wissen, dass wir sowohl den Negativzins als auch das (wiederbelebte) Anleiheankaufprogramm kritisch sehen.

In diesem hier vorgelegten Szenario eines durchaus intakten Aufschwungs helfen diese Extremmaßnahmen nicht mehr weiter. Die Investitionstätigkeit ist nicht so schwach und ist vor allem auch nicht so stark vom Zins abhängig, dass an dieser Stelle durch Negativzinsen noch viel zu erreichen wäre. Vielmehr treibt die Geldpolitik im Dauer-Krisenmodus nur die Risiken für die Finanzstabilität, für Fehlinvestitionen und Spekulationsblasen.

Wenn wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf besteht, dann in Form einer leicht expansiven Finanzpolitik, die wir aber gemessen an ihrem Impuls im Zeitablauf bereits haben. Die Spanne zwischen einer falsch verstandenen „Schwarzen Null“ und der Einhaltung der nationalen Schuldenbremse bietet genug Spielraum für die erwartete Situation. Die beiden Begriffe sind nicht dasselbe. Die Schuldenbremse erlaubt moderate Verschuldung für Investitionen und die Wirkung automatischer Stabilisatoren. Sie hätte damit sogar genug Flexibilität für den Fall des hier mit skizzierten Negativszenarios. Vor allem aber bräuchten wir mehr wachstumsfreundliche Strukturreformen. Ich nenne nur kurz: Eine international wettbewerbsfähige Unternehmenssteuerreform, mehr Investitionen in Infrastruktur und in Bildung etc. Aber das soll heute unter der „konjunkturellen Brille“ nicht unser Schwerpunkt sein.

Ich übergebe nun das Wort für die Erläuterung weiterer Details der Prognose und weiterer Risiken, Chancen und Hintergründe an Frau Dr. Traud.